Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 111 (2017)
Heft: 9

Artikel: "Die EU war nie ein linkes Projekt"
Autor: Lots, Laura / Burger, Léa / Jikhareva, Anna
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-731321

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Neue Wege-Gespräch von Laura Lots und Léa Burger mit Anna Jikhareva

«Die EU war nie ein linkes Projekt»

Es kriselt in der EU. Über die Probleme und neue Visionen wird am WOZ-Europakongress am 8. und 9. September in Zürich 2017 diskutiert. Anna Jikhareva ist einer der Köpfe hinter dem Kongress. Die Auslandredaktorin der WOZ findet: Es braucht eine andere, bessere EU.

Im September 2017 lädt Die Wochenzeitung WOZ *zum Europakongress in Zürich. Wie kam es dazu?*

Nach dem Brexit haben wir uns auf der WOZ-Redaktion gefragt: Was können wir machen? In der Schweiz ist die Europafrage ja auch ein konfliktbeladenes Thema. Wir haben überlegt, kluge Analysen zu schreiben. Aber dann kam die Idee auf, einen Kongress zu veranstalten, der Leute zusammenbringt, die sich über Europa Gedanken machen. Wir wollten nicht, dass immer nur von rechts über Europa diskutiert wird!

WOZ-Redaktorin Anna Jikhareva Bild: zvg.

Warum braucht es einen Europakongress ausgerechnet in der Schweiz?

Die Schweiz ist zwar kein Mitgliedstaat der EU, aber sie liegt mitten in Europa – mehr in der Mitte von Europa kann man ja eigentlich nicht sein. Aber keiner, nicht mal die SP, redet heutzutage davon, dass die Schweiz auch Mitglied werden könnte in der EU. Gleichzeitig ist man sehr eng mit der EU verschränkt: Die Schweiz ist Mitglied vom Dublin-Abkommen, vom Schengen-Raum. Es geht also auch die Leute in der Schweiz an, was in der EU passiert. Und deswegen wollten wir die Diskussion hierzulande wieder befeuern.

Das ist vielleicht ein grössenwahnsinniges Unterfangen, aber wir in der Redaktion fanden: Warum nicht noch mal in Zürich Europa neu auferstehen lassen? Augenzwinkernd nehmen wir dabei auch auf Winston Churchill Bezug, der 1946 an der Universität Zürich meinte: «Let Europe arise!»

Ihr erhofft euch viel vom Kongress ...

Wir hoffen, dass die Debatte neu entfacht und konstruktiv geführt wird. Auch von links. Wir wollen die Leute vernetzen und zusammenbringen. Wir haben von überall her Gäste eingeladen – nicht nur aus Europa, auch aus der Türkei, Russland und den USA –, die einen Aussenblick aus verschiedenen Perspektiven haben. Dass man über eine Reform der EU nachdenken muss, ist offensichtlich.

Spannend, dass der Impuls zu einer neuen Europa-Debatte von einer Zeitungsredaktion kommt. EU-PolitikerInnen beklagen ja gerade, dass es keine europäische Öffentlichkeit gibt, dass die EU in den Medien einseitig und negativ dargestellt wird.

Es ist nicht einfach, konstruktiv über die EU zu berichten und Menschen damit anzusprechen. Viel einfacher ist es, die EU zum Feindbild zu erklären. Da kann man einfach sagen: «Brüssel ist an allem schuld.» Es ist schwierig, ein differenzierteres Bild zu zeigen – egal ob für Journalistinnen oder Politiker.

Helvetia als Erdgöttin, die das Korn wachsen lässt und die Ernte beschützt. Ihre Hände sind zum Segen ausgebreitet. Postkarte von 1917 nach einem Gemälde von André Fournier.

Wie schaffen wir es, kritisch zu berichten und zu diskutieren, ohne Kräften in die Hände zu spielen, die die EU als einfaches Feindbild inszenieren?

Migrationspolitisch, ökonomisch, demokratiepolitisch läuft massiv viel falsch in der EU. Am besten ist, wenn man weder Feindbilder bedient noch die EU einseitig hochjubelt. Man muss versuchen, differenziert und genau zu sein und so die Argumente, die von rechts kommen, zu entkräften. Nicht einfach sagen: «Brüssel ist super!», sondern erklären, was genau schiefläuft, was man auch anders machen könnte – aber auch aufzeigen, was gut läuft. Die Personenfreizügigkeit würde ich verteidigen, auch gegen Kritik von links. Sie ist eine Errungenschaft, die noch viel weitergehen könnte: Wenn sich Kapital über Grenzen hinwegbewegt, sollten Menschen das auch können.

Das Problem ist: Von links musst du alles erklären, von rechts kannst du einfach Kampfbegriffe in den Raum werfen – «das Establishment», «Brüssel». Dabei ist es gar nicht Brüssel, das immer alles entscheidet. Letztlich entscheiden vor allem die Nationalstaaten – Wirtschaftsmächte wie Deutschland – die Politik der EU massgeblich mit, die Regierungschefs der einzelnen Länder.

Haben die Linken den Rechten und Bürgerlichen das Thema Europa zu lange überlassen?

Der Vorwurf kommt oft. Und ein Stück weit stimmt das auch. Man hat lange nicht versucht, eine eigene Vision zu formulieren, sondern Abwehrkämpfe geführt. Die Zeiten waren und sind sehr konservativ. Die Linken waren damit beschäftigt, Schlimmeres zu verhindern und abzuwehren – wie etwa in der Schweiz bei der sogenannten Durchsetzungsinitiative. Da muss man einerseits selbstkritisch sein. Gleichzeitig habe ich das Gefühl, dass wir auf einem guten Weg sind: In der Schweiz hat die Linke sämtliche Abstimmungen in letzter Zeit gewonnen. Auch auf Gebieten, die die SVP bislang besetzt hat-

te wie etwa in der Migrationspolitik. Ich glaube, dass das in Europa auch ein Trend sein kann.

Prägende Figuren im Prozess der europäischen Einigung sind Männer aus dem christdemokratischen Parteienspektrum wie Helmut Kohl. Sie haben linke Themen besetzt: Einigung, Austausch, Versöhnung.

Leute wie Kohl haben einen Wertediskurs forciert, den man von links nicht unterstützen kann: Europa als reine Wertegemeinschaft – das würde ich nicht unterschreiben! Die EU war ja auch nie ein linkes Projekt, sondern ein Projekt der rechten Mitte. Deswegen sind es Leute wie Kohl und Merkel, die für Europa prägend waren und sind. Die Gründe hierfür liegen eigentlich woanders: nämlich darin, dass sie ihre Wirtschaftspolitik durchsetzen konnten und davon profitieren.

Der Europakongress soll progressive Kräfte vernetzen. Grenzüberschreitende Vernetzung ist etwas, was die Rechten in Europa voranzutreiben versuchen. Im Januar 2017 haben sich beispielsweise rechte Anti-EU-Parteien in Koblenz getroffen.

«Wir sind die neue rechte Internationale!» – das ist die Erzählung, die sie forcieren und pflegen. Deswegen treffen sie sich in Koblenz, kurz nach der Vereidigung vom Donald Trump. Sie wollen ein Signal senden: «Wir kommen jetzt alle zusammen, um zu zeigen, wie stark wir sind.» Dabei ist es eine Zweckgemeinschaft. Meiner Meinung nach kann es keine rechte Internationale geben, das wäre ein Widerspruch in sich: Die Agenda der rechten Parteien ist immer nur national und geht nie über die Grenzen hinaus. Das Gemeinsame ist die Ablehnung: Sie lehnen den Islam, die Migration, Brüssel und das «Establishment» ab. Aber das ist noch kein Programm, das man gemeinsam verfolgen könnte. Das Einzige, was sie vielleicht positiv verbindet, ist, dass sie Russland und den «starken Mann im Kreml» super finden – aber das ist keine wirkliche, produktive Gemeinsamkeit. Sie wollen ja keine andere EU, sie wollen einfach zurück zum Nationalstaat. Dabei beschwören sie einen Nationalismus, der den Kontinent in die Krise und mehrere Kriege gestürzt hat.

Der Linken täte es gut, sich in dieser Situation an ihre Geschichte zu erinnern, die in den guten Momenten immer internationalistisch war – und die sich immer auch als Bewegung verstanden hat. In diesem Sinn verstehen wir auch unseren Kongress: Alle, die eine linke, progressive Politik und EU wollen, können sich nun in Zürich treffen und sich austauschen.

«Es kann keine rechte Internationale geben, das wäre ein Widerspruch in sich: Die Agenda der rechten Parteien ist immer nur national.»

Einen Boom erleben aktuell überparteiliche proeuropäische Bewegungen. Pulse of Europe *bringt in ganz Europa viele Menschen auf die Strasse. Liegt die Rettung Europas vielleicht mehr in einem überparteilichen Effort und weniger in der Linken?*

Ich glaube sie liegt zum einen in den Bewegungen und zum anderen auch in den Parteien. Man kann nicht das eine ohne das andere denken. Inwiefern man sich von links bis rechts zusammenfinden kann für Europa, bin ich mir nicht sicher. Das Europa, das sich linke Parteien vorstellen, ist ein anderes als das, was sich rechte Parteien vorstellen – sofern sie überhaupt ein Europa wollen, das nicht nur zum Nationalstaat zurückgeht.

Ein Stück weit braucht es sicher überparteiliche Anstrengungen. Aber: Es ist Entpolitisierung, die da stattfindet, das sehe ich bei *Pulse of Europe*. Sie haben keine politischen Forderungen. Sie führen eher eine Wertedebatte: «Wir sind doch alle Europäer!» Das ist ja schön und gut, aber es geht nicht weit genug. Die Wirtschaftspolitik ist beispielsweise nie Thema, sie ist aber meines Erachtens

nach das Entscheidende – genau das, was man ändern müsste.

Ist es wichtig, dass die Wertedebatte geführt wird? Oder verschleiert sie nur die eigentlichen Probleme?

Die Wertedebatte ist eine konservative Debatte. Werte schliessen viele Leute nicht ein, es geht immer um Ausgrenzung und eine Anpassung an «unsere Werte» – was das ist, weiss keiner. Ich finde nicht, dass man darüber diskutieren muss, was diese ominösen europäischen Werte sind. Ich finde, man muss viel mehr über Wirtschafts- und Austeritätspolitik diskutieren, das ist der entscheidende Punkt.

Wir müssten also mehr über Ökonomie sprechen, statt Europa als Friedensgarantin, als Wertegemeinschaft oder als internationalistisches Projekt zu beschwören.

Die EU war am Anfang auf jeden Fall ein Friedensprojekt – sie versuchte, den Frieden in Europa mit Wirtschaftsverträgen zu sichern, und das sehr erfolgreich. Mit der Zeit ist diese Friedensidee aber verschüttet worden zugunsten einer einseitigen, neoliberalen Wirtschaftspolitik. Allerdings ist es wichtig zu sehen, dass es nicht die EU ist, sondern der Neoliberalismus, der die Ungleichheit hervorbringt. Und dass dieses Modell gescheitert ist, sieht inzwischen ja nicht nur die Linke. Wenn Europa weiterhin ein Friedensprojekt sein will, auch in einem globalen Massstab, muss sie die Wirtschaft befrieden. Vor allem aber muss sie ihre katastrophale Migrationspolitik überdenken. Da Migration nun mal stattfindet, muss man sich endlich über internationale, EU-weite Lösungen Gedanken machen.

Seit der Brexit-Abstimmung und den Wahlerfolgen von EU-skeptischen Parteien wird über die sogenannten «Abgehängten» diskutiert, über Menschen, die angeblich von der europäischen Einigung nicht profitieren. Ist Europa ein neoliberales Elitenprojekt?

So viele Wahlerfolge hat man rechts gar nicht verzeichnen können. Mehr als uns lieb sein kann, klar. Aber Le Pen hat in Frankreich nicht gewonnen, Geert Wilders hat in den Niederlanden nicht gewonnen. Auch die SVP ist auf dem Rückzug, sie verliert alle Abstimmungen. Ich bin auch relativ sicher, dass die AfD bei der Bundestagswahl im September kein zweistelliges Ergebnis schafft. Man muss das also relativieren.

Der Punkt ist: Die Brexit-Anhänger haben es so verkauft, als wäre die EU an allen Problemen schuld. Dabei ist es das internationale Wirtschaftssystem, das die Ungleichheit erhöht und «Abgehängte» schafft, nicht die EU. Die EU beschleunigt die neoliberale Politik aber. Ihre Institutionen sind nicht darauf ausgerichtet, mehr Gleichheit zu schaffen oder umzuverteilen. Sie wurde von Leuten erdacht und konstruiert, die vom neoliberalen Wirtschaftssystem und der Politik profitieren.

«Schaffen wir die EU ab!» Was entgegnest du Menschen, auch aus dem linken Spektrum, die das fordern?

Ich würde zurückfragen: Schaffen die Nationalstaaten alleine bessere Lösungen? Ich glaube nein. Nehmen wir die Migrationspolitik: Da würden sich die Nationalstaaten doch einfach noch stärker unterbieten. Nein, angesichts all der kommenden Fragen für unsere Gesellschaften – von der Ökologie bis zur Digitalisierung – kann die Lösung nur in einer transnationalen Zusammenarbeit liegen. Dafür braucht es keine Abschaffung der EU, sondern eine andere, bessere EU. ●

*Anna Jikhareva, *1986, wuchs in Moskau und Heidelberg auf und studierte Europawissenschaften und Internationale Beziehungen in Maastricht, Granada und Zürich. Jikhareva schrieb unter anderem für die deutsche taz und den Tages-Anzeiger. Seit 2015 ist sie Auslandredaktorin der WOZ.*

ajikhareva@woz.ch